Antragsbereich / Antrag 100/II/2019

AntragstellerInnen: AK Umwelt und Energie

Empfänger: Bundestagsfraktion

Bundesparteitag

100/II/2019: Maßnahmen zum Klimaschutz

1 Die Eckpunkte zum Klimaschutz gemäß des Beschlusses der Bundesregierung
2 vom 20.09.2019 enthalten gegenüber ihrer bisherigen Politik in diesem Bereich
3 eine Reihe von positiven Ansätzen. So zum Beispiel die beabsichtigte Aufhebung
4 des 52-Gigawatt-Deckels bei der Photovoltaik. Im Hinblick auf die Verpflichtungen
5 der Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele von
6 2015 reichen die Inhalte dieses Beschlusses jedoch bei weitem nicht aus, um die
7 festgelegten Ziele zu erreichen.

8

9 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion und ihre Mitglieder in der Bundesregie-
10 rung auf, alles daran zu setzen, dass

11

12 - die Beschränkung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Areale direkt an
13 Autobahn- und Eisenbahntrassen aufgehoben und der großflächige Ausbau
14 ermöglicht wird.

15

16 - die durch § 249 Abs. 3 BauGB geschaffene Kompetenz der Länder, die Privilegie-
17 rung von Windenergievorhaben im Außenbereich von der Einhaltung gewisser
18 Abstandsflächen abhängig zu machen, aufzuheben (Stichwort 10H)

19

20 - die CO₂-Bepreisung von 10 - 35 €/t CO₂ (2021 – 2025) um jeweils 30 €/t auf
21 40 – 65 €/t CO₂ angehoben wird und zugleich ein nationaler Mindestpreis
22 im europäischen Emissionshandel in gleicher Höhe eingeführt wird. Sämtliche
23 Einnahmen werden über eine Klimaprämie an die Bevölkerung zurückgegeben.

24

25 - auf Autobahnen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h eingeführt
26 wird und durch das Strukturförderungsgesetz nicht der Ausbau von Straßen, son-
27 dern allein Schienen gefördert wird

28

29 Begründung

30 Die derzeitige Debatte macht vor allen Dingen deutlich, dass über das Thema
31 nicht mehr nur diskutiert werden darf, sondern etwas getan werden muss. Die
32 vier im Antrag genannten Beispiele sind kurzfristig umsetzbar und der dynami-
33 sche Ausbau von Erneuerbaren Energien ist die wichtigste und wirkungsvollste
34 Möglichkeit die Verwendung von fossilen Brennstoffen bei der Stromerzeugung

35 durch CO₂-freie Erzeugung zu ersetzen.

36

37 Die bundesrechtliche Grundentscheidung, den Privilegierungstatbestand im
38 Außenbereich für Windenergieanlagen beizubehalten, wurde durch landesrecht-
39 liche Abstandsregelungen in Bayern faktisch ausgehebelt. Dies hat dazu geführt,
40 dass in Bayern der Windkraftausbau praktisch zum Erliegen gekommen ist. Diese
41 Fehlentwicklung muss durch den Bundesgesetzgeber korrigiert werden.

42

43 Eine CO₂ Bepreisung von 10 €/t führt nach wissenschaftlicher Erkenntnis zu
44 keiner Minderung der CO₂-Emissionen. Die Anhebung auf 40 €/t könnte dies
45 bereits zum Teil bewirken. Die Klimaprämie macht die Maßnahme sozial gerecht.

46

47 Eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h ist ein einfacher Beitrag zur Ver-
48 minderung des Spritverbrauchs und damit des Ausstoßes von CO₂.